

Grenzen der Umverteilung

Menschen sind ungleich. Durch Hautfarbe, Geschlecht, Religion, eventuell eine Behinderung, ihre Leistungsbereitschaft oder Intelligenz, ihr Vermögen, durch Glück und Pech und aus anderen Gründen.

Wie soll der Staat mit Ungleichheit umgehen? Vier Strategien haben sich bewährt: eine durchlässige Gesellschaft, offene Märkte zur Schaffung von Wohlstand, Nothilfe und der Verzicht auf willkürliche Rationierung nach Kriterien, die der Bürger nicht beeinflussen kann. Der Staat verstösst gegen viele dieser Bedingungen und behindert so den Abbau unerwünschter Ungleichheit.

Soll über diese Massnahmen hinaus Umverteilung erfolgen, um Einkommen und Vermögen gleicher zu machen? Ich finde, nein. Menschen werden dadurch unfreier: Jene, denen man das Geld wegnimmt, sowieso. Aber auch die anderen, weil ihnen Bürokraten vorschreiben, wie

Kommentar

Martin Janssen
em. Professor



sie leben sollen. Zweitens haben alle weniger Anreize, etwas zu leisten: Entweder, weil ihnen Geld weggenommen wird, oder weil sie Geld auch ohne Leistung erhalten. Drittens geht die Bürokratie mit dem Geld der anderen weniger vorsichtig um als mit dem eigenen. Alle Sozialexperimente von der DDR über die EU bis hin zur Schweiz zeigen, wohin uferlose Umverteilung führt: zu mehr Ungleichheit, als wenn Märkte wirklich offen sind und Wettbewerb herrscht sowie zu einer rasant wachsenden Bürokratie – im Gesundheitswesen, im Finanzwesen, im Energiesektor, im Schulwesen, in der Sozialversicherung, im Asylwesen etc. Schliesslich zum staatlichen Kollaps mit Enteignung privater Vermögen. ●